

JAN FOITZIK (BERLIN)

Selbstbezogene Vergangenheitserbauung: Der Westen und »der äußere Ring des Imperiums« in neueren russischen Geschichtslehrbüchern

Analytiker des russischen Sicherheitsministeriums kamen 1993 zu dem Schluss, dass »der Mangel einer philosophischen Konzeption der Geschichte Russlands heute der wichtigste Destabilisierungsfaktor ist«¹. So kann man es zumindest in einem methodischen Handbuch für russische Geschichtslehrer aus dem Jahr 2002 nachlesen. Eine Besserung habe jedoch der zweite russische Staatspräsident Wladimir Putin mit dem Bildungsplan 2000–2005 in die Wege geleitet: Die im Jahr 2000 in der Bildungspolitik eingeleitete vierte Etappe beinhalte eine kritische Aufarbeitung der Bildungsreform der 90er Jahre und die Suche nach neuen Prioritäten. Sie sei geprägt durch die Einsicht der russischen Gesellschaft in ihre strategischen Interessen, die sich aus der Stellung Russlands in der gegenwärtigen Welt ergeben.²

Für Historiker, die in einer politikunabhängigen Wissenschaftstradition groß geworden sind, klingt es zwar befremdlich, sich die Geschichtswissenschaft als eine »strategische Wissenschaft« vorzustellen, doch diese Überhöhung ist offenbar eine sozialpsychologische Begleiterscheinung der Tatsache, dass die intellektuelle Suche nach einer neuen Geschichtsdeutung durch die in der Gesellschaft noch präsente Erinnerung an eine verloren gegangene Geschichtsinterpretation belastet ist. Politik und Gesellschaft reagieren auf die gedächtnispolitische Herausforderung unterschiedlich. »Die Gesellschaft ist müde von der Masse der negativen Information«, schreibt Gorinow in der Einleitung zu seinem Lehrbuch (Gorinow 2004³). Diesen Satz wiederholen bei jeder Gelegenheit die Protagonisten einer offiziellen Geschichtspolitik, die nicht nur eine optimistische Zukunftsperspektive, sondern auch ein positives Bild der Vergangenheit wünschen. Tatsächlich reagiert die Gesellschaft auf die Versuche zur Bewältigung der geschichtspolitischen Desorientierung höchst widersprüchlich: Laut Meinungsumfragen aus dem Jahr 2004 glaubten jeweils zwei Drittel der russischen Bevölkerung einerseits an die ununterbrochene Fortdauer des Kalten Krieges, andererseits

¹ Wjasemski, Je.Je./Strelowa, O.Ju.: Istoritscheskoje obrasowanije w sowremennoi Rossii. Sprawotschno-methoditscheskoje possobije dlja utschitelei [Historische Bildung im gegenwärtigen Russland. Lehrmethodisches Handbuch für Lehrer], Moskwa 2002, S. 7.

² Ebenda, S. 16.

³ Die Kurztitel der vorgestellten Lehrbücher finden sich im Ende des Aufsatzes aufgelöst.

konsumierten ebenfalls zwei Drittel der Russen gleichzeitig in Kino und Fernsehprodukten der US-amerikanischen Unterhaltung.⁴ Im Alltag macht sich aber pragmatischer Fatalismus breit: »Warum sollen wir uns Gedanken über die Zukunft machen, solange wir nicht wissen, wie in einem Jahr unsere Vergangenheit aussehen wird«, drückte der populäre russische Sänger Michail Sadornow die Stimmung aus.⁵ Die Meinungsumfragen geben ihm Recht: Nur 18 Prozent Russen waren Ende 2004 der Meinung, dass im Volk und bei den Politikern »relative Klarheit« über die weitere Entwicklung Russlands herrsche.⁶

Der russische Staat trat das Aktenerbe der früheren Staatspartei an. Diese Quellen sprudeln jedoch nicht. Historiographischer Fortschritt findet nur im Rahmen des geltenden Rechts statt und mehr als ein Blick durch das Schlüsselloch, in dem der Schlüssel steckt, ist nicht möglich. An geschichtspolitischen Debatten beteiligte sich der russische Staatspräsident Putin unmittelbar, als er beispielsweise Ende 2003 die Historiker an ihre vaterländischen Pflichten erinnerte und den Übergang von negativer zu positiver Geschichtsschreibung anmahnte⁷ oder Mitte 2004 die Botschafter seines Landes in Europa erinnerte, dass zu »der zielgerichteten Verbreitung von objektiven Informationen über Russland [...] auch die Vorbereitung von Veranstaltungen [angesehen werden muss], die mit den bevorstehenden Feierlichkeiten anlässlich des 60. Jahrestages des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg verbunden sind«⁸. Die Autorität des Staatspräsidenten wurde auch benutzt, als in der russischen Presse Zahlen über angeblich 56 Millionen sowjetische Opfer des Großen Vaterländischen Kriegs auftauchten.⁹ Wer sich noch an Stalins Rede von 7 Millionen Opfern des Zweiten Weltkriegs unter den »Völkern der Sowjetunion« erinnert, die Chruschtschow auf 20 erhöhte und das Statistische Amt der UdSSR in Zusammenarbeit mit der Moskauer Universität unter Gorbatschow mit 27 Millionen¹⁰ präziserte, wird über das offenbar noch wirkende altmodische Verständnis von Geschichtsschreibung als Diktatübung irritiert sein, denn einige russische Historiker hatten schon die unter Gorbatschow genannte Zahl von 27 Millionen sowjetischen Opfern als »das demographische Loch

⁴ Argumenty i fakty Nr. 47 vom November 2004, S. 4.

⁵ In wörtlicher Übersetzung: »Wie unsere Zukunft in 20 Jahren aussehen wird? Warum sollen wir über die Zukunft sprechen, solange wir nicht wissen, was in einem Jahr aus unserer Vergangenheit geworden sein wird.«

⁶ Siehe Argumenty i fakty Nr. 47 vom November 2004, S. 4.

⁷ Siehe Katja Tichomirowa: Die vaterländischen Geschichtsschreiber, in: Berliner Zeitung vom 1. Dezember 2003.

⁸ Ansprache des Präsidenten der Russischen Föderation, Herrn Wladimir W. Putin, auf der Plenarsitzung der Konferenz der Botschafter und der ständigen Vertreter Russlands/Moskau, Außenministerium der Russischen Föderation, den 12. Juli 2004.

⁹ Siehe Dejtsch, Mark: Interview mit Eduard Wolodarski, in: Moskowski komsomolez vom 26. November 2004, S. 8.

¹⁰ Die vorstehenden Angaben nach Kurukin 2001, S. 257.

zwischen den Volkszählungen von 1939 und 1959« relativiert. Noch mehr konkrete Fragen wirft auch das russische Archivgesetz vom 22. Oktober 2004¹¹ auf als es abstrakte beantwortet, weil es möglicherweise auf eine neue Zentralisierung und damit auf eine verstärkte Instrumentalisierung des staatlichen Archivfonds hinausläuft. Russische Historiker verstünden aber die russische Archivpolitik¹², sagte ihnen ein russischer Archivleiter nach. In Wirklichkeit sind sie aber nur die Leidtragenden des gereizten gesellschaftlichen und politischen Klimas.

Die vorgestellte Sammelrezension konzentriert sich auf Wahrnehmung und Behandlung der internationalen Beziehungsgeschichte in 15 Lehrbüchern der russischen Geschichte, die zwischen 1999 und 2004 in Russland erschienen sind. Sie ist erstens auf die Periode nach 1945 und die in dieser Zeit begonnenen Prozesse fokussiert (diese Zeitgrenze wird nur gelegentlich überschritten) und beschränkt sich zweitens auf Aspekte der Beziehungen zum Westen und zu den Ländern des früheren sowjetischen Herrschaftsbereiches außerhalb des sowjetischen Staatsverbandes in Mittel- und Südosteuropa. Zwar entwickelten sich die zwischennationalen, interethnischen und interkulturellen Konflikte innerhalb der heutigen Russischen Föderation selbst sowie an ihren unmittelbaren Rändern, also auf dem früheren Staatsgebiet der UdSSR oder – nach russischem politischem Sprachgebrauch – im so genannten Nahen Ausland, zum eigentlichen Motor des gegenwärtigen russischen Geschichtsdiskurses zwischen »Staat und Gesellschaft« – um sich ausnahmsweise euphemistisch auszudrücken –, doch für Uneingeweihte ist bereits die Orientierung auf der postsowjetischen Landkarte äußerst schwierig. Zudem ist das Thema in Russland emotional stark besetzt, was auch den Stil der akademischen Auseinandersetzungen zwischen den postsowjetischen nationalen Geschichtsschreibungen nachhaltig prägt.

Die Auswahl der rezensierten Lehrbücher erfolgte zwar nicht nach strengen systematischen Regeln, dennoch war sie nicht willkürlich. Anlässlich von Moskau-Reisen wurden vielmehr solche Lehrbücher gekauft, die beim »ersten Durchblättern« aus konzeptionellen oder faktographischen Gründen besonderes Interesse weckten. Zum überwiegenden Teil handelt es sich um Universitätslehrbücher der Geschichte, die in Russland anders als in Deutschland üblich, in der Regel die einzige Grundlage des Geschichtsfachstudiums bilden.¹³ Insgesamt

¹¹ So wird das im Artikel 25 Absatz 1 garantierte Recht der freien Dokumentensuche in Archiven nach Artikel 25 Absatz 2 eingeschränkt durch die Gesetzgebung über Staats- und andere Geheimnisse (sowie bei besonders wertvollen und bei Dokumenten in einem schlechten physischen Zustand). Darüber entscheidet ein besonderer Regierungsbevollmächtigter.

¹² Siehe Esch, Christian: Unsere Forscher verstehen das, in: Berliner Zeitung vom 17. November 2004.

¹³ Eine sehr informative Analyse über die Geschichtswissenschaften an russischen Universitäten bei Wulff, Dietmar: Wissenschaftskultur in Russland am Beispiel der Geschichtswissenschaften, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51 (2004), H. 10, S. 886–893.

dürfte die Mehrzahl der in diesem Zeitraum in der Hauptstadt erschienenen Universitätslehrbücher erfasst worden sein. Die zwischen 5 000 und 10 000 Exemplaren liegende Auflage ist für russische Verhältnisse hoch, wissenschaftliche Monographien überschreiten hier nur selten die Grenze von 1 000 Exemplaren und liegen oft deutlich darunter. Die Auflage der Lehrbücher für die Abschlussklasse der Oberschule bewegt sich zwischen 30 000 (Muntschajew 1999) und 50 000 (Dmitrenko 2000) Exemplaren.¹⁴ Die Preisspanne von 41 (im Jahr 2001) bis 320 Rubel (im Jahr 2004) entspricht nach dem Umrechnungskurs etwa 1,5 bis 10 Euro. Im oberen Bereich dürfte der Preis selbst für einen russischen Hochschullehrer eine finanzielle Herausforderung darstellen.

Die offensichtliche Pluralisierung der russischen Geschichtsschreibung in den letzten 20 Jahren, von der die Lehrbücher auf durchaus beeindruckende Weise – offen oder auch indirekt durch »Beschweigen« und »Weglassen«, möglicherweise auch durch die Wahl der »Komposition« (als Außenstehender durchschaut man viele der historisch gewachsenen Schonhaltungen nicht) – Zeugnis geben, kann und soll hier nicht unmittelbar behandelt werden. Im Zentrum stehen vielmehr Authentizität der präsentierten Quellen und Fakten, Begrifflichkeit und Bewertungskriterien im Hinblick auf Verallgemeinerungsfähigkeit sowie logische Stringenz der Argumentation und Beweisführung als Grundlage eines Geschichtsdiskurses, der sich an objektiven Maßstäben orientiert und damit nachvollziehbar bleibt. Die Konzentration auf zentrale Aspekte der internationalen Beziehungen (Ostmittel- und Südosteuropa, der Westen) insbesondere nach 1945 geschieht vor allem aus zwei Gründen: Zum ersten wegen der Anschaulichkeit, weil sich der nicht-russische Leser hier leichter orientieren kann. Zum zweiten deshalb, um mit Blick auf die gegenwärtige Konzeption der russischen Nationalgeschichte die Fragezeichen eindeutiger markieren zu können: Der »äußere Ring des Imperiums« wird nämlich wie ein Appendix der »vaterländischen« Geschichte, wie im Russischen die Nationalgeschichte genannt wird, behandelt.¹⁵ Aus verständlichen Gründen kann nur fragmentarisch vorgegangen werden.

¹⁴ Dmitrenko 2000 ist ausdrücklich für die 11. Klasse vorgesehen. Die Hochschulreife wird in Russland nach zehnjährigem Schulbesuch erreicht. Im Zuge der Europäisierung des Bildungswesens wurde zwar eine elfte Schulklasse eingeführt, aber faktisch kommen die Schüler derzeit aus der 3. sofort in die 5. Klasse, so dass die 11. Schulklasse rechnerisch der früheren 10. entspricht. Nach dem »Basisplan« wird empfohlen, in den Klassen 3 und 4 je eine, in den Klassen 5 bis 8 je zwei und in den 9. bis 11. Klassen zwei bis drei Wochenstunden Geschichte zu unterrichten, wobei »Profilklassen« ab der 8. Klasse ein bis vier Wochenstunden mehr in den Lehrplan aufnehmen können. Laut Plan ist der Unterricht der russischen und der Weltgeschichte ab 1939 bzw. 1945 in der 11. Klasse vorgesehen. Siehe Wjasemski/Strelowa: *Istoritscheskoje obrasowanije* (Anm. 1), S. 45 f.

¹⁵ Auch in der russischen Verfassung von 1993 sind die Begriffe »Staatsvolk« und »Ethnie« unbestimmt. Während es im Artikel 3, Absatz 1 heißt, dass der Träger und die Quelle der Souveränität in der Russischen Föderation ihr »multiethnisches [Staats-]Volk« [mnogonacionalnyj

Das Pathos der relativen Zahl und willkürliche Bewertungskriterien

Klare Begrifflichkeit, Willkürverbot beim methodischen Vorgehen und damit Wiederholbarkeit der Wertungen sind Mindestanforderungen an Geschichtsschreibung und Geschichtsdidaktik, und zwar deshalb, damit nicht unbegründete und subjektive Lehrsätze auswendig »gepaukt« werden müssen. Allerdings hapert es bei den hier vorgestellten Lehrbüchern schon bei der Begrifflichkeit und noch mehr bei den Zahlenangaben. Gerade letztere suggerieren oft auf irrationale Weise Objektivität. Um ein Beispiel zu geben: Laut Schukowki 2001 verlor die UdSSR im Zweiten Weltkrieg ein Drittel ihres »materiellen Reichtums« (S. 62) und gab noch unter Breschnew jährlich 45 bis 70 Prozent des »nationalen Reichtums« (S. 81) für die Rüstung aus. Auch Besborodow 2004 (S. 174) teilt mit, dass die UdSSR im Zweiten Weltkrieg 30 Prozent des »nationalen Reichtums« verloren habe.

Das Pathos der relativen Zahl war und ist in der russischen Geschichtsschreibung ein zentrales Darstellungsmittel. Chodjakow 2004 treibt es bis zum horror vacui. Auf S. 341 legt er lang und breit dar, dass Stalin Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre mit dem Bau von Zweizimmerwohnungen mit 55 bis 60 m² Wohnfläche und einer Deckenhöhe von 3 bis 3,5 m begonnen habe, während »damals im Nachkriegseuropa eine Zweizimmerwohnung für die Mittelklasse oft 50 m² nicht überschritten und die Deckenhöhe 2,5 m betragen hat«. Zweifellos grandios, aber der permanente Vergleichszwang mit zweifelhaften Mitteln wirkt bisweilen absurd. Zudem erfährt man in diesem Lehrbuch nicht, dass in den 30er bis 50er Jahren dem Moskauer durchschnittlich überhaupt nur 4 bis 4,8 m² Wohnraum zur Verfügung standen¹⁶ und dass der Generalplan für den Wohnungsbau von 1951 bis 1960 eine Planzielnorm von 9 m² Wohnfläche pro Person vorsah.¹⁷ Genauso viel Wohnraum entsprach übrigens dem statistischen Pro-Kopf-Durchschnitt in der kriegszerstörten Sowjetisch Besetzten Zone in Deutschland (SBZ) 1945. Chodjakow 2004 gibt zudem an, Chruschtschow sei es gewesen, der Mitte der 50er Jahre die Größe der Zweizimmerwohnungen auf 40 bis 45 m² und ihre lichte Höhe auf 2,2 bis 2,5 m reduzierte (S. 379). Konkretes über die Wohnsituation erfährt man nicht. Außer dass die Sowjetunion Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre nach »Bautempo und Baumenge« den ersten Platz in der Welt einnahm und die wichtigste »soziale Errungenschaft dieser Zeit« in der Norm bestand: zwei Zimmer für fünf Personen (Sokolow 1999 S. 233).

narod] sei, wird später »narod« auch im Sinne von innerhalb der Russischen Föderation ansässigen Ethnien benutzt (siehe z. B. Artikel 5, Absatz 3 oder Artikel 9, Absatz 1).

¹⁶ Zitiert nach Rüthers, Monica/Scheide, Carmen (Hrsg.): Moskau: Menschen, Mythen, Orte, Köln u. a. 2003, S. 96 f. Darin befinden sich spezielle Literaturangaben.

¹⁷ Ebenda, S. 165.

Interessante Hinweise auf Selbstwahrnehmung wie auf die Wahrnehmung »der anderen« enthalten bereits Schilderungen des »Bürgerkriegs« (von den Autoren von 1917 bis 1920 bzw. von 1917 bis 1922/23 unterschiedlich periodisiert). In diesem Bürgerkrieg kämpfte eine fünf Millionen Mann starke Rote Armee (1920) gegen eine »weiße« Konterrevolution, deren Truppen von einigen Autoren auf höchstens eine halbe Million Mann zusammengerechnet werden. Die angegebenen 15 Millionen Todesopfer stellen die Opferstatistik des russischen Imperiums im Ersten Weltkrieg 1914 bis 1917 (600 000 Tote) weit in den Schatten. Zwar kann die Auseinandersetzung mit dem »Bürgerkrieg« als Paradebeispiel für den Pluralismus in der russischen Geschichtsschreibung gelten: Die ausländische Intervention verliert bei den meisten Autoren an Aufmerksamkeit, Rudenko wertet sie lediglich als eine Besonderheit des Bürgerkriegs. Doch für einige andere Autoren wurde Russland schon am 23. Dezember 1917 (neuer Kalender) in »Einflussgebiete« aufgeteilt, »um die nationalen Reichtümer Russlands zu plündern«: England erhielt den Kaukasus, Frankreich die Ukraine, die Krim und Bessarabien (Usnarodow 2002, S. 65). Russland wird (nicht nur hier) als politischer Sammelbegriff verstanden; die geographischen, ethnischen oder staatsrechtlichen Kriterien für seine Definition bleiben vage. Eine Karte, die über die Kriegsschauplätze des Ersten Weltkriegs Auskunft geben könnte, fehlt. Wenn man sich an dieser Stelle aber vergegenwärtigt, dass das Osmanische Reich an der Seite der Mittelmächte und Rumänien an der Seite der Entente am Krieg teilnahmen, muss man auf die Idee kommen, dass die Einsatzregionen der »ausländischen Interventionsmächte« ursächlich mit Umgruppierungen an der »Ostfront der Entente« nach dem russischen Kriegsausritt und der Erklärung der Selbständigkeit der Ukraine zusammenhängen, also mit militärstrategischen Vorkehrungen, wie etwa die Blockade der Häfen, die eher gegen Deutschland als gegen den Kommunismus gerichtet waren und den deutschen Druck auf die schwache »rote Regierung« mildern und eine Verstärkung des deutschen Kriegspotentials durch russische Ressourcen verhindern sollten.

Ist der »Bürgerkrieg« ein nationalpolitisches Geschichtskonstrukt und ein »von vielen Löwen bewohnter weißer Fleck« der inter-ethnischen Beziehungsgeschichte? Es fällt zumindest auf, dass einige Autoren das Thema bewusst meiden. Vor allem gilt das für die »in der Provinz« erschienenen Lehrbücher: Offensichtlich ist die reale Sozialgeschichte des flachen Landes nicht mit dem Konstrukt der »städtisch« fokussierten »sowjetischen Modernisierungsgeschichte« vereinbar.

In traditioneller Manier betont Radugin 2003 die ausländische Intervention und die Einmischung des »internationalen Imperialismus« in russische Angelegenheiten (S. 244) und lässt auch »Tschechoslowaken« und Polen am »Bürgerkrieg« teilnehmen. Es werden sprechende Bilder gezeichnet: Polen werden immerhin ethnisch definiert, im Unterschied zu den Ukrainern, denen weder ethnische noch politische Identitätsmerkmale zugestanden werden. Radugin

2003 erwähnt auch nicht (anders als Rudenko 2001, S. 272), dass die auf mehreren Tausend Kilometer in Sibirien verstreuten 35 000 bis 40 000 ehemaligen tschechischen, slowakischen und ruthenischen Überläufer aus der österreichisch-ungarischen Armee – nachdem sie im September 1918 nach Wladiwostok verbracht worden waren, dort aber nicht wie versprochen Schiffe warteten, die sie an die Westfront bringen sollten – während einiger weniger Monate auf beiden Seiten gekämpft hatten, um ihre blanke Haut zu retten. Radugin 2003 weiß dafür aber zu berichten, dass sie den »russischen Staatsgold« geplündert hätten. Usnarodow 2002 lässt den russischen Goldschatz gleich zweimal plündern: durch die »weißen« Truppen des Admirals Kolttschak und durch die »Tschechen« (die zum Teil mit Kolttschak kollaborierten und ihn im November 1919 gegen Zusage des freien Geleits an die »Roten« auslieferten). Ob solche Polemik pädagogisch sinnvoll ist, erscheint selbst dann zweifelhaft, wenn den Schülern verborgen bleibt, dass tatsächlich von beiden Bürgerkriegsparteien mit einigem Erfolg versucht wurde, Teile dieser »tschechoslowakischen« Truppen mit »russischem Gold« zu »kaufen«, denn auch der Vorwurf der »Plünderung im Bürgerkrieg« bleibt terminologisch abstrakt: ein Appell an Vorurteile.

Einen Rechtsbruch habe laut Usnarodow 2002 auch Pilsudski begangen, als er – staatsrechtlich korrekt – die Grenze von vor der ersten polnischen Teilung 1772 wiederherzustellen trachtete und nicht die »ethnische Grenze Polens« (S. 102). Usnarodow 2002 erwähnt zwar, dass dies im Rahmen der polnisch-ukrainischen Kooperation geschah, die Souveränität beider Staaten war damals von Sowjetrussland schließlich auch anerkannt worden, gleichwohl lässt er in Kiew nur die Polen einmarschieren, weil in der Ukraine die »patriotische und klassenmäßige Stimmung« harmonisiert habe.

Sehr oft bestimmt das »gefühlte Vorwissen«, die Reminiszenz an frühere ideologische Deutungsmuster, die Darstellung. Radugin 2003 präsentiert nach diesem Prinzip eine Luftnummer. Zum Münchener Abkommen von 1938 schreibt er (S. 290): »Treu ihren Bündnisverpflichtungen, verlegte die UdSSR ihre Divisionen an die Grenze der Tschechoslowakei. Aber im Vertrag war die Bedingung enthalten gewesen, dass Militärhilfe nur gleichzeitig durch die Sowjetunion und Frankreich gewährt werden kann. Und Paris wollte nicht mit Hitler kämpfen«. Pädagogisch ist dies zweifellos kein sinnvolles Vorgehen, denn Schüler benutzen erfahrungsgemäß jede Gelegenheit, um Autorität in Zweifel zu ziehen. In der Tat wäre es auch seltsam gewesen, wenn die sowjetische Staatsführung zuerst die Truppen verlegt und erst später den Vertragstext gelesen hätte. Einmal abgesehen von der verborgenen diplomatischen Finesse, dass die UdSSR mit diesem Hinweis auf Frankreich die tschechoslowakische Anfrage nach bilateralem sowjetischem Beistand auf der Grundlage der Völkerbundsatzung damals abschlägig beschied. Aber damit nicht genug: Auch die geografischen Kenntnisse russischer Geschichtspädagogen lassen zu wünschen übrig, denn ihnen scheint entgangen

zu sein, dass die Tschechoslowakei erst infolge der Eingliederung der Karpatho-Ukraine im Rahmen der Arrondierung des sowjetischen Staatsbesitzes *nach* dem Zweiten Weltkrieg eine gemeinsame Grenze mit der UdSSR bekam. 1938 lagen hingegen noch einige hundert Kilometer Polen und Rumänien zwischen beiden Ländern.

Nicht gerade im Sinne der Völkerverständigung erklärt Chodjakow 2004 (S. 238) den Schülern aber, dass »die tschechoslowakische Regierung [1938] kapitulierte« und »die tschechische Bevölkerung dieser Regionen [gemeint sind die abgetretenen Sudetengebiete] panisch flüchtete, ihr ganzes Vermögen hinter sich lassend« (S. 239). Solche falschen Informationen transportieren nur Motive, lautet eine Regel aus dem Propädeutikum. Die Tschechen werden kritisiert, weil sie mit ethnischen Kategorien argumentieren statt mit staatsrechtlichen, die Polen, wenn sie das Gegenteil machen. Sakrosankt scheinen nur die jeweiligen Maximal-Grenzen des Imperiums zu sein. Sie werden als normativ behandelt.

Erhebliche Stilunterschiede sind bei der Schilderung der Geschichte des Zweiten Weltkriegs festzustellen. Den früheren pathetisch-heroischen Grundzug ersetzt oft Nüchternheit der Darstellung. Für Rudenko 2001 war der »Große Vaterländische Krieg [...] der gerechte Befreiungskrieg des Sowjetvolkes für Freiheit und Unabhängigkeit der Heimat gegen das faschistische Deutschland« (S. 332) und »das größte Ereignis in der Geschichte des 20. Jahrhunderts« (S. 357). Dass der Begriff des »Sowjetvolkes« und dessen »real existentes sozialistisches« Konzept erst in den 80er Jahren auftauchte, stört den Autor nicht.

Der Krieg endete für die UdSSR erst am 9. Mai 1945¹⁸ »mit der Kapitulation der Reste der deutschen Armee in der Tschechoslowakei«. Diese zusätzliche Bedingung des »Tages des Sieges der Völker der UdSSR« einen Tag nach der »bedingungslosen Kapitulation Deutschlands« (Danilow 2003, S. 233), motiviert aber nicht zur Überprüfung des tatsächlichen historischen Sachverhaltes. Tschechische Historiker könnten dem entgegenhalten, dass der Tschechische Nationalrat (der keineswegs kommunistisch dominiert war, wie es in einem der Lehrbücher heißt) als Vertreter des Widerstandes im Lande schon am 5. Mai 1945 nach insgesamt mehrwöchigen Verhandlungen mit der Protektoratsregierung und dem Oberkommando der Westalliierten in Europa¹⁹ die Übernahme der Regierungsgewalt in

¹⁸ Die Kapitulationsurkunde ist auf den 8. Mai 1945 ausgestellt. In seiner Rede vom 9. Mai 1945 sagte Stalin: »Allerdings [ver]sucht im Raume der Tschechoslowakei eine deutsche Heeresgruppe immer noch, sich der Kapitulation zu entziehen.« Siehe Ulbricht, Walter: Zur Geschichte der neuesten Zeit. Bd. I, 1. Halbbd., Berlin(Ost) 1955, S. 362 f.

¹⁹ In die Verhandlungen im April 1945 waren – außer des in London gebliebenen und handlungsunfähigen Teils der tschechoslowakischen Exilregierung (Exilpräsident Edvard Beneš fungierte in Moskau als »politische Geisel«) – sowohl Eisenhower als Oberbefehlshaber als auch Churchill und Truman involviert, der schließlich am 30. April 1945 das Angebot einer Kapitulation gegenüber dem Oberkommando der Westalliierten aus Rücksicht auf Stalin definitiv ablehnte.

Böhmen und Mähren dekretierte. Dies war genau an jenem Tag, an dem Großadmiral Dönitz als Oberbefehlshaber der Wehrmacht die Kampfhandlungen gegen die Westmächte einstellte. Der Tschechische Nationalrat erreichte so auf dem Verhandlungsweg auch die kriegsrechtliche Neutralisierung der in Böhmen anwesenden fast eine Million starken deutschen Heeresgruppe Mitte. Deshalb konnte sie die Rote Armee nach dem 9. Mai 1945 auf der Grundlage interalliiertener Abmachungen kampfflos kriegsgefangen nehmen. Nebenbei gesagt handelte es sich um das größte deutsche Gruppenkontingent, das die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg gefangen nahm. Zudem hatten in Prag schon vor der Roten Armee am 6. Mai 1945 »russische« Wlassow-Truppen gegen in der Stadt anwesende Reste der SS eingegriffen und ab 7. Mai 1945 waren in Prag auch Vertreter der nur eine Stunde vor der Stadt aus übergeordneten diplomatischen Gründen zum Stehen gebrachten US-amerikanischen Truppen anwesend. Die tschechoslowakische Übergangsregierung hingegen, deren Mitglieder sich als »Gefangene der Roten Armee« betrachteten, durfte erst am 10. Mai 1945 Prag betreten, nachdem sie die »ausschließliche Rolle der Sowjetunion und der Roten Armee bei der Befreiung der ČSR, bei der Errichtung der Demokratie und der Unabhängigkeit des Volkes« förmlich anerkannt hatte. Solche Details standen 1945 im Bericht des sowjetischen Botschafters aus Prag, der in Moskauer Archiven aufbewahrt wird. Selbst »Liberale« wie Danilow 2003 (S. 235) oder Gorinow 2004 (S. 493) übernehmen die alte geschichtspolitische Inszenierung des Sieges. Der 9. Mai 1945 war aber tatsächlich bereits der Tag eines anderen Sieges: des Sieges der Jalta-Ordnung in Europa. Nicht überraschend ist deshalb, dass in diesem Konstrukt jeder Hinweis auf die Ermordung der polnischen Offiziere in Katyn 1940 fehlt, nur Chodjakow 2004 (S. 299) macht eine verbale Ausnahme. Dabei stellt die symbolische wie die reale politische Bedeutung dieses prophylaktischen politischen Massenmordes und die Anwendung innerhalb der UdSSR erprobter Mittel der politischen Auseinandersetzung im Ausland die eigentliche Crux der sowjetischen Nachkriegspolitik dar.

Die Hauptlast des Krieges trug laut allen Lehrbuchautoren die UdSSR. Die Lend-Lease-Lieferungen hätten der UdSSR zwar zehn Milliarden Dollar eingebracht, doch für viele Autoren war sie nur ein »Mittel des politischen Druckes auf alliierte Nationen«, da die USA nach Weltherrschaft strebten (Danilow 2003, S. 238). Nicht nur militärische, sondern zugleich politische Ziele verfolgte auch der Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki: Als »Demonstration des Druckes auf die UdSSR«. Ähnlich argumentiert Radugin 2003 und fügt noch »die breit bekannte Tatsache der Verhandlungen, die Deutschland bei Kriegsende mit den Westmächten über einen Separatfrieden führte« (S. 354) hinzu. Konkrete Angaben fehlen schon deshalb, weil es solche Verhandlungen nicht gab.²⁰ 1949

²⁰ Das Gerücht über Verhandlungen zwischen Ribbentrop und Großbritannien setzte die Moskauer *Pravda* am 17. Januar 1944 in die Welt. Es entbehrte jeder sachlichen Grundlage.

planten US-Militärs sogar den massiven atomaren Angriff und die Besetzung der Sowjetunion für das Jahr 1957 (Gorinow 2004, S. 494 und S. 503). Chodjakow 2004 datiert die US-amerikanische Präventivkriegsplanung schon auf das Jahr 1948 (S. 330). Nur der Mut der sowjetischen Bevölkerung habe die USA abgeschreckt, und die sowjetische Atomwaffe habe die Welt vor dem Dritten Weltkrieg gerettet. Dass Atomwaffen erst ab 1954 zur Ausrüstung der Sowjetischen Armee gehörten, kann zwar bei Rudenko 2001 nachgelesen werden (S. 366). Dies hindert ihn aber nicht daran, einige Seiten später zu argumentieren, dass die USA in Korea aus Angst vor einem sowjetischen atomaren Gegenschlag die Atomwaffe nicht eingesetzt hätten (Rudenko 2001, S. 373). Nur nebenbei erfährt man, dass der Korea-Krieg, der an einer Stelle euphemistisch als »gegenseitiges Abtasten« der beiden Großmächte vorgestellt wird, zehn Millionen Koreaner und Chinesen das Leben kostete (in westlicher Literatur werden vier Millionen Opfer genannt). Und auch »1956 beendete die Drohung mit sowjetischem Atomangriff die Aggression der westlichen Staaten gegen Ägypten und ihre Einmischung in die ungarischen Ereignisse. Das gleiche Argument hatte entscheidende Bedeutung in den Tagen der Berliner Krise 1961 [...] (amerikanische Panzer, die sich in Richtung der sowjetischen Truppen bewegten, haben im letzten Moment kehr gemacht)« (Danilow 2003, S. 270). Eine Erklärungslücke tut sich auf, wenn man der Literatur entnimmt, dass die US-Streitkräfte erst am 7. November 1956, also nach dem im Nahen Osten am 6. November auf Druck der US-Regierung vereinbarten Waffenstillstand, die Verteidigungsbereitschaft erhöhten und der Oberkommandierende der NATO erst acht Tage nach der zweiten Intervention der Sowjetischen Armee in Budapest mit der Androhung der atomaren Vergeltung im Falle eines Angriffs reagierte.²¹

Russische Geschichtslehrbücher lassen aber keine Fragen zu. Geschenkt auch, dass »der Westen« am Suez-Kanal in der »Maske des Franzosen, Briten und Israelis«, in Berlin als »US-Amerikaner« auftrat. Man ist sich weitgehend einig: Die sowjetische Atombombe habe die Welt vor dem Krieg gerettet und in der Kuba-Krise 1962 lediglich den Weiterbestand des Castro-Regimes garantiert (Usnarrow 2002, S. 315). Das benutzte zweierlei Maß verhindert die Feststellung, dass sowjetische Atomwaffen auf Kuba die Jalta-Ordnung in Frage stellten.

²¹ Wiggershaus, Norbert: Nordatlantische Bedrohungsperzeption im »Kalten Krieg« 1948–1956, in: Maier, Klaus A./Wiggershaus, Norbert (Hrsg.): Das Nordatlantische Bündnis 1949–1956, München 1993, S. 49.

Statt gesicherter Fakten überwiegt das »schöne Narrativ«

Dass angesichts einer solchen fundamentalistischen »Zweiteilung der Welt« in »Russland« und »den Westen« über den Ausbruch des »Kalten Krieges« keine Zweifel möglich sind, liegt nahe. Usnarodow 2002 merkt kritisch und zugleich kryptisch an, dass die Westmächte bereits 1943 in Teheran in »viele Punkten die Atlantic Charta« aufgegeben hätten (S. 247). Er stellt »wachsende Widersprüche zwischen den Alliierten schon 1945« fest, wie sie sich etwa in Sondierungsgesprächen der Westmächte mit den Deutschen nach dem Tod Roosevelts über eine Kapitulation »zu ihren Bedingungen« dokumentierten, wie Usnarodow 2002 ausführt (S. 249).²² Rudenko 2001 konstatiert zwar, dass Stalin schon ab 1939 fest und unerschütterlich auf traditionellen Positionen stand und auf Machtpolitik, territoriale Expansion und die Bildung von Einflusszonen setzte, weil er die kollektive Sicherheit für unpraktikabel hielt (S. 364). Dennoch sei beim Ausbruch des »Kalten Krieges« der Westen initiativ gewesen, weil für ihn die gewachsene Macht der UdSSR eine »unangenehme Überraschung« war (Rudenko 2001, S. 359).

Sokolow 1999 bemerkt zu der 1945 zwischen den Kriegsalliierten vereinbarten Zwangsrepatriierung ihrer Staatsbürger, dass die Westmächte von Anfang an für Störung gesorgt hätten, als sie einen Unterschied zwischen der Alt-UdSSR in den Grenzen vor 1939 und danach machten, »als wenn die Gesetzlichkeit der Nachkriegsgrenzen der UdSSR nicht anerkannt worden wäre« (S. 119 f.). Hier wird übersehen, dass die USA und Großbritannien beispielsweise die Annexion der baltischen Staaten durch die UdSSR tatsächlich formell nie anerkannt haben. Von der Inkompatibilität des damaligen sowjetischen und des demokratischen Staatsangehörigkeitsrechts oder allgemein vom Zusammenhang zwischen der inneren Verfassungsordnung von Staaten und ihrer Außenpolitik abgesehen. Sokolow 1999 polemisiert in diesem Zusammenhang sogar gegen die »öffentliche Kritik des Westens« an der Zwangsrepatriierung und über die Behandlung »ehemaliger Landesverräter« und beruft sich dabei auf das allgemeine Kriegsrecht, das dafür angeblich die Todesstrafe vorsehe (S. 120 f.). Dies tat es schon formell nicht, von der besonderen Zwangslage der vielen Millionen sowjetischer Kriegsgefangener wie dem Asylprivileg der »weißen« russischen Emigration nach 1917 abgesehen.

²² Gemeint sind wahrscheinlich aber nur die deutschen Sondierungen bei den Westmächten, die von diesen am 28. April 1945 öffentlich zurückgewiesen wurden. In der neueren russischen Tagespublizistik wird verschiedentlich der Eindruck erweckt, als hätte der Übergang der Präsidentschaft von Roosevelt auf Truman die spätere Krise in den amerikanischen-sowjetischen Beziehungen ausgelöst. Diese Interpretation ist in zweierlei Hinsicht falsch, weil erstens die Skepsis bezüglich der sowjetischen Außenpolitik bereits Roosevelt äußerte und zweitens Truman an den Absprachen zwischen den Großmächten zumindest bis zur Potsdamer Konferenz konsequent festhielt.

Es ist bemerkenswert, wie leichtfertig man sich hier über die Amnestie des Obersten Sowjets der UdSSR vom 17. September 1955 und den Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation vom 24. Januar 1995 hinwegsetzt, mit dem ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen die bürgerlichen Ehrenrechte zuerkannt wurden. – In der mehrteiligen, im Jahr 2004 ausgestrahlten Fernsehserie »Schtrafbat« sind die Soldaten der Strafbataillone, die aus der deutschen Kriegsgefangenschaft in die Sturmverbände der Roten Armee gepresst und nach dem Krieg als angebliche Landesverräter meistens in Strafarbeitslager überführt wurden, inzwischen gesellschaftlich und »erinnerungspolitisch« voll rehabilitiert worden: Sie waren es gewesen, die »die Hauptlast des Sieges« trugen. – Der argumentative Schlenker von Sokolow 1999 (S. 121), der nebenbei alle statistischen Details über die Resultate der »Filtrierung« der Repatrianten mitteilt, dass sich sogar Roosevelt und Churchill der Mitwirkung an stalinistischen Verbrechen schuldig gemacht hätten, ist zwar beste Propaganda, doch sachlich entkräftet diesen Einwand etwa Rudenko 2001 mit dem Hinweis, dass sich damals noch Zehntausende amerikanische und britische Kriegsgefangene in Stalins Geiselhaft befanden (S. 362).

Sokolow 1999 weist zwar darauf hin, dass beide Seiten – USA und UdSSR – expansive Politik betrieben hätten, doch schon 1945 habe es nach amtlichen sowjetischen Belegen in den USA und in Großbritannien eine »Kampagne zur Diskreditierung der Roten Armee« gegeben, die der Schaffung eines »neuen Feindbildes« gedient habe (S. 129). Belege dafür fehlen. Der historisch informierte Leser kann zwar vermuten, dass hier stillschweigend möglicherweise Proteste der Öffentlichkeit und der unabhängigen Justiz gegen die Zwangsrepatriierungen und die nachfolgenden sowjetischen Massenerschießungen angezogen werden, doch der russische Student wird nicht informiert: Er muss Leerformeln auswendig lernen und mechanisch repetieren. Dennoch nennt Sokolow fairerweise Stalins Wahlrede vom 9. Februar 1946, bevor er Churchills Antwort darauf in Fulton am 5. März 1946 thematisiert. Für Radugin 2003 ist aber klar: Churchill begann am 5. März 1946 den »Kalten Krieg« (S. 354). Als Beleg zitieren die Autoren selektiv aus Stalins *Prawda*-Interview vom 13. März 1946. Usnarodow 2002 betont auf S. 256, dass Stalin als erster die »weltpolitische Bedeutung« der Rede Churchills erkannt und für seine Propaganda benutzt habe, der Westen hinkte hinterher. Sollte diese Aussage ironisch gemeint gewesen sein, so merkt das ein nichtrussischer Leser nicht. Muntschajew 1999, für den die USA in das mittel- und südosteuropäische Machtvakuum einzudringen versuchten, um Druck auf die UdSSR auszuüben (tatsächlich kein Wort darüber, dass die UdSSR diese Länder in den Jahren 1943 bis 1947 durch »Freundschafts- und Beistandsverträge« gefesselt hatte; auch keines über die sowjetische Ablehnung des US-amerikanischen Vorschlags von 1946, aus einem für 25 Jahre demilitarisierten Deutschland die Besatzungstruppen abzuziehen), bringt sogar die Erklärung, dass der »Kalte Krieg«

Stalin erlaubt hätte, »in unserer Heimat eine Politik der ›besetzten Festung‹ zu machen«, um sein persönliches Regime durchzusetzen und der Sowjetunion zu schaden (S. 663 u. 665). Das ist »alte Schule«. Mit dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 beginnt für den Autor folgerichtig die »Demontage des Eisernen Vorhangs«. Das ist aber Einzelmeinung. Stalin hat die unangefochtene Stellung in der historiographischen Projektion historischer Fehlentwicklungen verloren und einer systemischen Rezeption der »inneren« sowjetischen Geschichte Platz gemacht.

Zum Marshall-Plan heißt es bei Chodjakow 2004, dass der sowjetische Geheimdienst schon im Mai/Juni 1948 (sic!) herausgefunden hätte, dass die mittel- und südosteuropäischen Länder nur dann am amerikanischen Hilfsprogramm teilnehmen könnten, wenn sie sich von der Orientierung auf die sowjetische Ökonomie lösen, da die ökonomische Herrschaft der USA über Europa sein Ziel war (S. 330). Versuche, diese Interpretation auf einen Druckfehler zurückzuführen, waren vergeblich: Sinn hätte dieser Lehrsatz nämlich zwar nur dann, wenn vom Jahr 1947 die Rede gewesen wäre, dann hätte man nur die These von den »besonderen und unabhängigen nationalen Wegen zum Sozialismus« für eine historische Propagandalüge erklären müssen. Als Beleg für seine Hypothese nennt der Autor aber nur die Entfernung der Kommunisten aus der französischen und der italienischen Regierung. Nun, diese war zwar auch schon ein Jahr früher erfolgt, nämlich im Frühjahr 1947, und die ganze Affäre um den Marshall-Plan war im Sommer 1947 abgeschlossen gewesen. Manchmal meint man, dass chronologische Ursache-Wirkung-Konstruktionen und positivistische Faktenkompilation nur eine gehärtete »wissenschaftliche Weltanschauung« stören.

Da aber die wissenschaftliche Weltanschauung gescheitert ist, muss es dafür auch historische Gründe geben. Die »kolossale ökonomische Hilfe von 12,4 Milliarden Dollar« (Chodjakow 2004, S. 329, nennt 17 Milliarden) der USA für Westeuropa habe die Sowjetunion gezwungen, zur Wahrung »ideologischer Interessen« in die Länder der Volksdemokratien »erhebliche Mittel zu investieren«. Sokolow 1999 (S. 134) und Rudenko 2001 (S. 368) nennen drei Milliarden US-Dollar (beziehungsweise 15 Milliarden Rubel, was nach dem offiziellen Umrechnungskurs drei Milliarden US-Dollar ausmache) langfristige Kredite in den Jahren 1945 bis 1952. Muntschajew 1999 erklärt umständlich auf S. 662, dass die »Sowjetunion nach dem Krieg große Hilfe bei der sozialökonomischen Entwicklung« der Volksdemokratien geleistet habe, was vergessen oder ignoriert werde: die Organisation einer neuer Ökonomie, der Wissenschaft und der Kultur; man habe zudem viele Berater dorthin geschickt. Polemik nennt man in der russischen Wissenschaftstradition auch das belegte Gegenargument. Nun, ignorieren können das die mittel- und südosteuropäischen Länder noch nach 60 Jahren nicht, obwohl nur die Tschechen bisher eine Schadensrechnung der ungleichen Zusammenarbeit vorlegten: Mehr als 200 Milliarden US-Dollar Verluste wurden angezeigt. Selbstredend gingen aber alle sowjetischen Berater in den volksdemo-

kratischen Innen-, Sicherheits- und Verteidigungsministerien, später auch in der Wirtschaft und anderen Bereichen, grundsätzlich voll zu Lasten der Empfängerländer, unmittelbar wie mittelbar.

Zwar hätten die deutschen Reparationen im Wert von 4,3 Milliarden US-Dollar²³ etwa die Hälfte der Ausrüstungen in der sowjetischen Industrie sichergestellt und den wissenschaftlich-technischen Fortschritt animiert. Allerdings habe »die breite Hilfe für die sozialistischen Länder das Saldo der Einfuhr und Ausfuhr der Ressourcen stark sinken lassen«. »Nur die gewaltigen Anstrengungen von Millionen machten es möglich, aus den Ruinen [...] Der Arbeitsenthusiasmus der Sowjetmenschen [...]« (Gorinow 2004, S. 506). Was für die Autoren zählt, ist offenbar das »schöne Narrativ«, die postmoderne Stilblüte. Tatsächlich wurde an Reparationen nach internen sowjetischen Angaben mindestens das Doppelte allein aus Deutschland herausgeholt, mit weiteren 10 Milliarden US-Dollar wurde intern die Arbeitsleistung deutscher Kriegsgefangener in der UdSSR verbucht. 1950 kamen rund 75 Prozent des gesamten Urans für das sowjetische Atomprojekt aus der DDR und aus der CSR; auch das Uran für die erste sowjetische Bombe stammte aus Deutschland. Bis 1954 trug die SBZ/DDR außerdem die gesamten Kosten der sowjetischen Truppenpräsenz in Mitteleuropa.

Die »riesige materielle Hilfe« der UdSSR für die »volksdemokratischen Länder« mit einem Volumen von drei Milliarden US-Dollar an langfristigen Krediten in den Jahren 1945 bis 1952 (Danilow 2003, S. 240; Sokolow 1999, S. 134) lässt sich nicht auflösen. Die Summe ist einfach zu hoch, als Empfängerländer kamen in Mittel- und Südosteuropa schließlich nur Polen, die Tschechoslowakei und Jugoslawien in Frage. Die anderen »Volksdemokratien« zahlten ja in diesen Jahren an die UdSSR Reparationen. Danilow 2003 nennt aber auch Nordkorea und China als Empfänger. Ob darin etwa die Kosten des Korea-Krieges enthalten sein könnten, erfährt man aber nicht. Bei Sokolow 1999 ist wenigstens nachzulesen (S. 216), dass China die langfristigen Kredite 1960 gekündigt und danach ordnungsgemäß mit Zinsen zurückgezahlt wurden. Ihre Höhe von 300 Millionen US-Dollar erfährt man wiederum nur bei Danilow. Der russische Geschichtsstudent hat aber nur ein einziges Lehrbuch zur Hand.

²³ Diese in den Lehrbüchern genannte Zahl entspricht einer Addition der veröffentlichten zeitgenössischen sowjetischen Zahlen, die durch relative Angaben in sich kryptisch verklausuliert sind: Danach hätte die UdSSR von der SBZ/DDR von 1945 bis 1949 3,658 Milliarden US-Dollar und von 1950 bis 1953 0,634 Milliarden US-Dollar Reparationen bekommen. Nach »älteren« Angaben von DDR-Offiziellen entsprach die genannte Summe von 4,3 Milliarden US-Dollar nur dem Wert der Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion. Hinzu müssten – nach internen amtlichen sowjetischen Angaben – zumindest weitere 3,34 Milliarden US-Dollar für 3,300 Millionen Tonnen aus der SBZ entnommenen »Demontageguts« sowie weitere 1,3 Millionen Tonnen »Beutegut« kommen. – Rainer Karlsch bewertete den Wert der Reparationen anhand des ostdeutschen Aktenmaterials mit 10,4 Milliarden US-Dollar, westliche Schätzungen belaufen sich auf etwa 16 Milliarden US-Dollar.

Mit Sicherheit kann davon ausgegangen werden, dass zwischen 1945 und 1952 unter dem Strich erhebliche Mittel aus Mittel- und Südosteuropa an die UdSSR abflossen und nicht umgekehrt. Nicht nur Reparations- und so genannte Trophäengüter, sondern auch finanzielle Mittel, Technologien, Patente. In westlicher Literatur wurden die sowjetischen Entnahmen aus Ostmittel- und Südosteuropa in den Jahren 1948 bis 1951 sogar mit 14 Milliarden US-Dollar bewertet.²⁴ Ausweislich der Protokolle des sowjetischen Politbüros wurde der ČSR im Dezember 1948 ein zehnjähriger Kredit von 25 Millionen US-Dollar genehmigt. Beantragt wurden von der ČSR zur Kompensation für die entgangene Marshall-Plan-Hilfe und zur notwendigen Subventionierung des Exports in die UdSSR aber 200 Millionen. Und selbst die genehmigte Summe entsprach nur einem Teil der damals ergebnislos verhandelten tschechoslowakischen Entschädigungsforderungen für die in der abgetretenen Karpatho-Ukraine verbliebenen Vermögenswerte. Das Politbüro genehmigte außerdem Polen 1949 einen Goldkredit in unbekannter Höhe. Dass Polen aber beispielsweise von 1945 bis 1956 die Kohlelieferungen an die UdSSR massiv subventionierte, kann seit Jahrzehnten in polnischer Fachliteratur nachgelesen werden. Manchmal glaubt man sich an einen »dummen« russischen »Tschuktschen«-Witz mit der Pointe erinnert, dass ein Schreiber doch nicht lesen können müsse.

Wer ist schuld an der Hungersnot in der UdSSR 1946/47?

In Russland scheint man Geschichtsschreibung tatsächlich im buchstäblichen Sinne zu verstehen: Die Volksdemokratien wären sogar mitschuldig am Hungertod von einer Million (Gorinow 2004, S. 506), zwei (Kukurin 2001, S. 258) oder gar »fast drei Millionen« (Danilow 2003) »Russen« in den Jahren 1946/47 gewesen, weil die sowjetischen Getreidelieferungen »an die befreundeten Regime der osteuropäischen Länder verfünffacht wurden« (Danilow 2003, S. 245). Zunächst fragt man unwillkürlich: verfünffacht gegenüber wann? Denn für alle in Frage kommenden Länder war vor dem Krieg die Getreide-Überproduktion die Hauptursache ihrer permanenten Landwirtschaftskrise, die erst durch die Agrarreformen nach sowjetischem Vorbild und diesmal sogar mit dem gleichen Ergebnis rapide sinkender Agrarproduktion beseitigt wurde. Zweitens haben die mittel- und südosteuropäischen »Siegermächte« – wie auch die Ukraine und Weißrussland – bis Mitte 1947 in der Hauptsache von den USA, Kanada und Großbritannien geleistete erhebliche kostenlose Lebensmittelhilfe erhalten. Und im »mitteleuropäischen Trockenjahr« 1947 waren die USA und Kanada bereit gewesen, auf Kreditbasis Getreide nach Osteuropa zu liefern. Im Falle der Tschechoslowakei

²⁴ Siehe Berghe, Yvan Vanden: *Der Kalte Krieg 1917–1991*, Leipzig 2002, S. 98.

ist belegt, dass dies Stalin ausdrücklich verbot und die tschechoslowakische Regierung zwang, sich mit Versprechungen über die Lieferung von Getreide aus der UdSSR abspeisen zu lassen. Das war eine politische Entscheidung.

Es lohnt aber, sich diese »politischen Kosten« wegen der immensen »ethischen Hypotheken« genauer anzusehen: Sokolow 1999 (S. 134 und S. 150) nennt Getreidelieferungen von 2,5 Millionen Tonnen an Bulgarien, Rumänien, Polen, die ČSR, Ungarn, Frankreich und die SBZ im Jahr 1946. Chodjakow 2004 weiß für 1946 vom Export von 1,7 Millionen Tonnen nach Bulgarien, Rumänien, Polen und die ČSR zu berichten, das entsprach 10 Prozent der Jahresernte in der UdSSR, in diesem Jahr habe die UdSSR außerdem eine Million Tonnen Getreide aus China eingeführt (S. 321). Usnarodow 2002 lehrt: »Im Hungerjahr 1946 [...] 2,5 Millionen Tonnen nach Osteuropa« (S. 258). Nimmt man den kürzlich freigegebenen Aktenbestand des sowjetischen Politbüros zur Hilfe, so entdeckt man darin nur Beschlüsse über Getreidelieferungen nach Bulgarien und Rumänien im Jahr 1945 (beide Länder lieferten aber 1949 Mais und Getreide in die UdSSR und zahlten wie auch Ungarn an die UdSSR Reparationen in Form von Lebensmitteln), 160 000 Tonnen Weizen »im Tauschverfahren« an Bulgarien 1949, 20 000 Tonnen Getreide an Polen 1949/50 sowie 1949 eine unbekannt Tonnage an die ČSR. Da darin die – zunächst in der tschechoslowakischen kommunistischen Presse breit propagierte und auf dieser Quellengrundlage später in der Fachliteratur zitierte – großzügige Getreidehilfe Stalins für die ČSR im Umfang von mehreren Hunderttausend Tonnen fehlt, muss zunächst »selbstkritisch« angenommen werden, dass die (selektive) Aktenüberlieferung (erhebliche) Lücken aufweist. Ein oberflächlicher Blick in die Fachliteratur ergibt: Für den Verzicht der ČSR am Marshall-Plan versprach Stalin am 9. Juli 1947 der ČSR 200 000 Tonnen Getreide – und erhöhte später auf 400 000 und dann noch einmal auf 600 000 Tonnen. Aber das entsprechende Handelsabkommen konnte erst am 11. Dezember 1947 unterzeichnet werden. Was danach tatsächlich geliefert wurde, war kurzfristig nicht festzustellen.²⁵ Gesichert wurden lediglich Hinweise, dass Getreidelieferungen in

²⁵ In »alter« tschechoslowakischer Geschichtsliteratur ist diesbezüglich nur von einem Handelsvertrag vom 13. April 1946 die Rede, wonach im Mai/Juni 1946 30 000 Tonnen Getreide aus der UdSSR eingeführt werden sollten, sowie über den Grundsatzbeschluss von 1947, dass die ČSR für den Verzicht an der Teilnahme an der Marshall-Plan-Konferenz – zum größten Teil erst 1948 – 200 000 Tonnen Brot – und die gleiche Menge an Futtergetreide erhält. In neueren Veröffentlichungen sind zwar die Verhandlungen über die zuletzt angebotenen 600 000 Tonnen genau dokumentiert, konkrete Aussagen über die Lieferung fehlen jedoch. In den Verhandlungen wurde übrigens von sowjetischer Seite erklärt, dass 1946 Polen 300 000 und Frankreich 500 000 Tonnen Getreide erhalten hätten. Die Angaben erfolgten teilweise in »Waggon«; hier wurde ein »Waggon« einfachheitshalber mit 10 Tonnen berechnet. Siehe dazu: ČSR und SSSR 1945–1948. Dokumenty vladnich jednani [Die ČSR und die UdSSR 1945–1948. Dokumente der Regierungsverhandlungen], Brno 1999.

die Tschechoslowakei erst im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit dem kommunistischen Staatsstreich im Februar 1948 erfolgten.

Mangelhaft ist die Argumentation der Lehrbücher aber auch deshalb, weil sowjetische Lebensmittelexporte nach Osteuropa nicht im »russischen Hungerjahr 1946«, sondern erst nach der Einstellung der westlichen UNRRA-Lieferungen²⁶ zur Jahresmitte 1947 aktuell wurden. Völlig unterschlagen wird in den Lehrbüchern nebenbei auch die westliche humanitäre Lebensmittelhilfe für die UdSSR: Nach vorliegenden Zahlen gewährte allein Kanada im Sommer 1946 der Sowjetunion eine Getreide-Hilfe von 1,6 Millionen Tonnen²⁷. Und dass die sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, Österreich, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Polen erst Ende 1946 von 60 auf 40 Divisionen reduziert wurden, hätte schon insoweit der Wahrheit dienen können, weil es damals in der Moskauer *Pravda* geschrieben stand. Das moralische Argument sticht folglich nicht. (Nebenbei fehlt auch ein Hinweis darauf, dass während der Hungersnot 1921/22, also während des »Bürgerkriegs«, die USA Nahrungsmittelhilfe an Russland leisteten, die elf Millionen Menschen vor dem Hungertod rettete).

Was beispielsweise die SBZ angeht, sind die Behauptungen der russischen Lehrbücher sogar nachweislich falsch. Denn die SBZ ernährte nicht nur die Besatzungstruppen, sondern wurde allein 1947 mit Lieferungen im Wert von mehr als drei Milliarden Mark zugunsten der UdSSR belastet. Im Rahmen dieser Entnahmen wurden in diesem Jahr aus Deutschland, wo die Sterblichkeitsrate dreimal höher war als in Friedenszeiten, auch mehr als 200 000 Tonnen Zucker und 280 000 Tonnen Getreide in die Sowjetunion ausgeführt. Erst im Mai/Juni 1948 kamen in die SBZ 22 538 Tonnen Getreide aus der UdSSR an (das entsprach einem Prozent der 1947 in der SBZ erfassten Pflichtablieferung; 1950 betrug die statistische Jahres-Getreideernte in der DDR etwa 7 Millionen Tonnen), wie seit Jahrzehnten in SED-/DDR-Standardwerken oder neuerdings in russischen Archivquellen nachgelesen werden kann.

Auf die Spitze treibt die moralische Entrüstung und mangelnde Sensibilität auf dem virtuellen Spagat der sowjetischen Propaganda beispielsweise Sokolow 1999, wenn er argumentiert, dass »die Versorgung der Bevölkerung Ostdeutschlands einschließlich Berlins die sowjetische Besatzungsverwaltung belastete« (S. 118) und als Beleg die ersten propagandistischen Berliner Versorgungsnormen von 1945 mit 400 bis 450 Gramm Brot pro Tag anführt. Schon als »erfahrener Sowjetbürger« hätte er abstrakt anmerken können, dass auch diese Schaufenster-Tagesnorm halt

²⁶ UNRRA, Abk. für United Nations Relief and Rehabilitation Administration. Das Hilfsprogramm hatte einen Gesamtwert von ca. 5,7 Milliarden US-Dollar, seine Nutznießer waren in der Hauptsache die »befreiten« osteuropäischen Länder.

²⁷ Zur (meistens »vergessenen«) Vorgeschichte des »Kalten Krieges« gehören die mit dieser humanitären Hilfe verbundenen Konflikte der UdSSR mit den Geberländern wegen angeblicher Spionage usw., die zur Einstellung der Hilfe in die UdSSR führten.

nicht jeden Tag, sondern nur an zwei, drei Tagen in der Woche realisiert wurde. In Görlitz zum Beispiel waren damals 250 Gramm Brot Wochennorm und Ende 1946 standen dem »Normalverbraucher« in der SBZ täglich 1 282 kcal zu.

Mit solchen moralischen Meister-Erzählungen kann man vielleicht selbstbezogene Vergangenheitserbauung betreiben, aber kaum Geschichte lehren. »Westlichen« Lesern fallen solche Widersprüche auf. Er begnügt sich nicht Belehrungen, sondern sucht nach Erklärungen. In den ersten beiden Nachkriegsjahren waren vor allem die 1939 »neu« und 1943/44 »wiedergewonnenen« Westgebiete der Ukraine und Weißrusslands vom Hunger betroffen. Da in der gleichen Zeit in diesen im September 1939 »angeschlossenen früheren polnischen Gebieten« mit ihren 13 Millionen Einwohnern über 500 000 Menschen Opfer »politischer Massenrepressalien« geworden sind (weitere 600 000 wurden aus dem Baltikum deportiert) (Danilow 2003, S. 250)²⁸, blickt der Leser nur in einen neuen Abgrund der sowjetischen Geschichte. Sokolow 1999 weist darauf hin, dass 1946/47 nur 41 Prozent der Bevölkerung der UdSSR Lebensmittelkarten erhalten haben (S. 152), im vorangegangenen Versorgungsjahr waren es noch 58 Prozent gewesen. Insgesamt wurden 28 Millionen Familien auf dem Lande auf administrativem Weg die Lebensmittelkarten entzogen. Mitteleuropa hielt man noch 20 Jahre lang vom amerikanischen Brot fern, erst dann begann die UdSSR, im großen Maßstab Getreide aus dem Westen zu importieren. Dieser Einschub dokumentiert zugleich eine große Unsicherheit: Möglicherweise muss man russische Lehrbücher auch »zwischen den Zeilen« lesen können, weil sie nach diesem Muster geschrieben worden sind, und der Student darf mehr wissen, als er sich in der Prüfung zu sagen traut. Denn hier scheint in strenger liturgischer Ordnung nur das Anathema des »Bürgerkriegs« und der »ausländischen Intervention« wiederholt.

Der Tenor des selbstreferenziellen postsowjetischen Universalismus färbt insgesamt stark durch. So habe sich nach dem Zweiten Weltkrieg die Zahl der Kommunisten in Westeuropa gegenüber 1939 verdreifacht: Dass sie aber 1939 zehnmal geringer war als 1920/21 und ein »westeuropäischer Kommunist« terminologisch eher mit dem »sowjetischen Trotzkisten« verwandt war, erfahren russische Schüler nicht. Der tschechoslowakische Staatspräsident Edvard Beneš wird bei Sokolow 1999 (S. 131) als Erfinder des Konzepts der »Volksdemokratie« vorgestellt. Ob es gut war oder schlecht, erfährt der Student nicht. Dass aber »Volksdemokratie« ein »antikommunistisches« Programm mitteleuropäischer christlich-sozialer und Bauernparteien aus der Zwischenkriegszeit war und die *Frankfurter Zeitung* schon 1919 die USA als »echte Volksdemokratie« pries, hätte zumindest der Lehrer nachlesen können. So überrascht es nicht weiter, dass laut

²⁸ Sokolow 1999, S. 148, nennt für das Baltikum nur 143 000 Deportierte in den Jahren 1945 bis 1949 bzw. 172 000 insgesamt nach dem Stand von 1953 (S. 167) sowie über 300 000 eingesperrte und deportierte Ukrainer im Jahr 1950 (S. 168).

Sokolow 1999 (S. 139) die Gründung der DDR die Antwort auf die Bildung der »deutschen Bundesrepublik« war, obwohl Stalin vom Sieg der deutschen Kommunisten in ganz Deutschland überzeugt gewesen sei. Ob es sich um eine Prämisse der historischen Weltanschauung oder um ein Resultat realhistorischer Erkenntnis handelt, erfährt der Student nicht. Die Verfolgung von 140 amerikanischen Kommunisten in den Jahren 1948 bis 1954, die »Hexenjagd in den USA und im Ostblock«, werden als Anzeichen »gemeinsamer allgemeiner Ziele« und als Vorbereitung von bewaffneten Konflikten gedeutet (Gorinow 2004, S. 502). Eine Seite zuvor nennt der Autor nur für die ČSR, Ostdeutschland und Polen 577 000 »Repressierte« in den Jahren 1944 bis 1954. Da Lehrbücher nur gesichertes Standardwissen vermitteln, enthalten sie keine Quellenbelege. Unklar bleibt die Sammelkategorie wie die Zahl: Man müsste die Zahl in etwa verdoppeln oder verdreifachen, wenn man auf der Grundlage der von der polnischen, tschechischen, slowakischen und deutschen Geschichtsschreibung eruierten Zahlen nur von den »aus politischen Gründen widerrechtlich gerichtlich Verurteilten« ausgeht und dabei die »auf administrativem Wege Repressierten« sowie die gegen Deutsche gerichteten Verfahren ausklammert, oder auch verzehnfachen, wenn auch Flucht und politisches Exil Formen der »Repression im Klassenkampf« waren.

Der Ostblock, der in der zweiten Hälfte der 90er Jahre in der russischen Geschichtsschreibung auf der Grundlage alter (und falscher) statistischer Zahlen vorübergehend zum sozialistischen Erfolgsmodell, sozusagen zur »potentiellen politischen Alternativressource« hochstilisiert wurde, verliert aber an geschichtspolitischer Bedeutung, nachdem auch sowjetische Quellen belegen, dass dort Mitte der 50er Jahre der Lebensstandard niedriger war als vor dem Krieg oder sogar im Krieg. Heute scheint Mittel- und Südosteuropa mehr eine historische Entsorgungsfunktion zu erfüllen und wird im Rahmen einer Pflichtübung als »äußerer Rand des Imperiums« behandelt. Wenn die mittel- und südosteuropäischen Länder als »Geisel der geopolitischen Situation« bezeichnet werden (Sokolow 1999 S. 213), so ist dies bereits als Großmut zu werten. Im Detail erfährt der russische Geschichtsstudent, dass es sich 1953 beim Juni-»Aufstand in Ost-Berlin« um zweitägige Streiks handelte, als »Folge der Unzufriedenheit der Arbeiter über die ökonomische und soziale Politik der Regierung Ulbricht« (Besborodow 2004, S. 195). Ulbricht war damals jedoch nur Erster stellvertretender Ministerpräsident und Generalsekretär der SED. In Ungarn fand 1956 eine »demokratische, antistalinistische Revolution« statt (Gorinow 2004, S. 551) oder auch ein »antisowjetischer und antisozialistischer Aufstand«, eine »antisozialistische Revolution« (Besborodow 2004, S. 195). Letzteres ist schon deswegen interessant, weil der gleiche Autor noch drei Jahre früher die Ereignisse positivistisch und objektiv schildern konnte, ohne Noten zu verteilen (Besborodow 2001). Für Danilow 2003 ist die Ungarische Revolution sachlich der Beginn der »Demokratisierung« (S. 271).

Chodjakow 2004 teilt mit, dass Ungarn »das sowjetische Sozialismusmodell und den Personenkult kopierte«, bis es unter dem Ministerpräsidenten Imre Nagy es zu einer »blutigen Abrechnung« mit Anhängern des alten Regimes kam, weshalb »die UdSSR den Beschluss über die Liquidierung des Aufstands mit militärischen Mitteln traf« (S. 369). Ob auch die präsentierte Bilanz von zweieinhalbtausend getöteten »Aufständischen« und 720 sowjetischen Soldaten »blutig« war, bleibt offen. Die folgenden politischen Gerichtsstrafverfahren gegen mehr als 15 000 Ungarn mit etwa 230 noch bis in das Jahr 1964 hinein vollstreckten politischen Todesurteilen bleiben unerwähnt, obwohl über sie in Ungarn schon vor vielen Jahren publiziert wurde.

Usnarodow 2002 geht ausführlicher auf das Thema ein: Nach Beginn des Ungarn-Aufstands am 23. Oktober begann die Sowjetunion am 29. Oktober mit dem Abzug ihrer Besatzungstruppen aus Ungarn und am 30. Oktober 1956 veröffentlichte die sowjetische Regierung die Deklaration über gleiche Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten. Der von der Nagy-Regierung beschlossene Austritt aus dem Warschauer Pakt und der Überfall Englands, Frankreichs und Israels auf Suez störte aber das »geopolitische Gleichgewicht«, so dass der erst am Vortag in Moskau zum ungarischen Ministerpräsidenten »gemachte« János Kádár am 4. November die sowjetische Regierung um Intervention gebeten habe (S. 309). Danach habe die Sowjetunion an mittel- und südosteuropäische Staaten Kredite in Höhe von 21 Milliarden Rubel vergeben. Vielleicht, muss man hier ergänzen: Erstens erfährt man nichts Konkretes, und zweitens wurden die bekannt gewordenen Kredite durch Kredite mitteleuropäischer Staaten an die UdSSR refinanziert. Drittens weiß man nie, ob bzw. wann die ganze »sozialistische Gemeinschaft« nicht geografisch zu »Mittel- und Südosteuropa« schrumpft. Viertens gibt Dmitrenko 2000 auf S. 476 einen interessanten Hinweis auf so genannte Preisschwankungen im RGW, die ab den 60er Jahren zur Verschuldung der UdSSR gegenüber den sozialistischen Staaten in Höhe von 20 Milliarden Rubeln führten. Fünftens fällt auf, dass die um ein Vielfaches höhere Auslandsverschuldung der UdSSR und der mittel- und südosteuropäischen sozialistischen Länder im Westen kein Thema ist. Mit Ausnahme der polnischen Westverschuldung. Aber das gehört zu einem anderen Kapitel.

Der »Prager Frühling« hat seinen geschichtspolitischen Glanz verloren. Zehn Jahre war er für die russische Geschichtsschreibung als der »Sündenfall« des sowjetischen Kommunismus unumstritten und die Intervention von 1968 völkerrechtlich wie moralisch illegal. Anders als die Intervention in Ungarn 1956, die einige russische Historiker nach wie vor bzw. wieder für rechtlich und moralisch gerechtfertigt halten. Zum Reformkurs in der ČSSR in den 60er Jahren teilt Chodjakow 2004 mit (S. 406 f.), dass er erstens über den Rahmen der sowjetischen Reformen hinausging und zweitens durch die Erhöhung der Rolle der Intelligenz gekennzeichnet war. Die schwere ökonomische Krise (für den Autor

wohl eine Folge der Reform, tatsächlich wohl eher eine kurzfristige ökonomische Folge der sowjetischen China-Politik und langfristige Folge der außenpolitischen Zwangskonformität innerhalb des sowjetischen Blocks) habe zu einer außenpolitischen Krise zwischen der UdSSR und der ČSSR geführt, in der im arabisch-israelischen Krieg 1967 die »Mehrheit der tschechischen Intelligenz« – im Gegensatz zu ihrer Regierung – »sich der jüdischen Seite zuneigte« (richtig, im Text steht nicht: israelisch). »Dies drohte in Verbindung mit der Verschärfung der Widersprüche zwischen Tschechen und Slowaken (die letzteren waren in der Führung des Landes und der Partei fast nicht vertreten) in einer gegen die kommunistische Regierung gerichtete Aktion zu eskalieren.« Solche Deutungen würden tschechische und slowakische Historiker vermutlich überraschen, denn in der atheistischen und traditionell laizistischen Tschechoslowakei hat 1968 niemand gewusst und interessiert, dass im Lande Juden leben, bis Breschnew einige »geoutet« und damit antikommunistische Reminiszenzen an den antisemitischen Slánský-Prozeß von 1952 ausgelöst hatte. Chodjakow 2004 resümiert auf S. 409 sachlich: Durch die Breschnew-Doktrin, die sowjetischen Besatzungsarmeen in der DDR, in der Tschechoslowakei, in Ungarn und Polen und durch den RGW (Bulgarien und Rumänien) sei »wieder die Einheit des sozialistischen Blocks« hergestellt worden. Dass man den alten Essig nicht in neue Schläuche gießen muss, beweist Besborodow 2001, wenn er die Entwicklung in der ČSSR – durchaus objektiv – schildert (S. 254–256).

Polen wurde nicht thematisiert, weil in den Lehrbüchern nur selten eine Gelegenheit ausgelassen wird, um dem »Erzfeind« eins auszuwischen, gern unterhalb der Gürtellinie. Für Besborodow 2004 symbolisierte Polen am Ende der 70er Jahre die »strukturelle Systemkrise« der sowjetischen Peripherie und den Beginn ihres Zerfalls (S. 223). Das Jahr 1989 läßt Chodjakow 2004 mit »revolutionären Umwälzungen in Osteuropa« (S. 388) und einer Reihe »bürgerlich-demokratischer Revolutionen« (S. 416) ausklingen. In einer neueren Veröffentlichung ist sogar von einer »volksdemokratischen Revolution in der ČSSR 1989« die Rede.

Gesamteindruck

Widersprüche bei der Suche nach der Geschichte der gemachten Erfahrungen sind nicht außergewöhnlich und sie können in einem pluralistischen Meinungsstreit aufgehoben werden. Hierzu wäre jedoch auch die Überwindung der Folgen der jahrzehntelangen Abschottung vom internationalen Wissensaustausch erforderlich; dies schließt auch die Isolation innerhalb der »sozialistischen Gemeinschaft« ein. Dies dürfte ein sehr langer Prozess sein, denn die Tiefenwirkung des Isolationismus ist nicht zu unterschätzen. Wenn in den Lehrbüchern etwa die

Schlacht von Tannenberg (Polnisch: Grunwald) im Jahr 1410²⁹ als Kampf der »Ostslawen gegen die Teutonen« konnotiert wird, dann fühlen sich wohl nicht nur Litauer und Polen falsch behandelt; wenn in einigen Lehrbüchern die im 9. Jahrhundert wirkenden Erfinder der kyrillischen Schrift, die »katholischen Heiligen« Kyrillos und Methodios, historisch nicht im politischen und kulturellen Kontext, sondern am ehesten noch entlang des »modernen bulgarischen Nationalmythos«³⁰ eingeordnet werden, so destabilisiert dies gleichermaßen andere personenidentische nationale Mythen des »neuen Europa« wie die Erkenntnisse der »positivistischen« Mediävistik; der in der UdSSR angeblich tradierte »russische Sonderweg« des »schwach entwickelten« Privateigentums an Grund und Boden wird mit Unterschiedenen zwischen dem russischen und dem westeuropäischen Feudalrecht erklärt, wobei aber tatsächlich über eine Gemeinsamkeit berichtet, diese jedoch als Unterschied nur interpretiert wird. Vollends in die Sackgasse der Aporie läuft die russische Geschichtsschreibung, wenn sie aus übermotiviertem Russozentrismus den Sieg der UdSSR über Deutschland 1945 mit der Rettung der Weltzivilisation konnotiert (Dmitrenko 2000, S. 347, Muntshajew 2002, S. 428), denn diese universalgeschichtliche Ikone lässt den realen Sozialismus außerhalb der UdSSR als Strafmaßnahme erscheinen. Babylon bleibt noch unbewältigte Vergangenheit.

Unsere Konzentration auf außenpolitische Aspekte der russischen Geschichte verdeckt jedoch den kritischen Blick der Autoren auf die politische Geschichte des sowjetischen Systems. Hier macht die schwierige Dekonstruktion der in sieben Jahrzehnten angehäuften öffentlichen Propaganda, falschen Daten, instrumentellen Lügen und privaten Illusionen zweifellos große Fortschritte. Doch kritische Maßstäbe, die im Innern gelten, gelten nicht »für und gegen alle«, sondern leiden unter der Zweiteilung in »wir« und »die anderen«.

Russozentrismus wird man Lehrbüchern der »vaterländischen« Geschichte selbst dann nicht vorwerfen dürfen, wenn er oft genug unspezifisch, indifferent und manchmal sogar eskapistisch zu sein scheint. Den deduktiven Reduktionismus muss man aber kritisieren, wenn er sich über allgemeine Standards der faktographischen und quellenkritischen Bewältigung des Datenmaterials hinwegsetzt. Der selbstreferenzielle Umgang mit der eigenen und mit fremder Geschichte steht schließlich einem internationalen Austausch im Weg. »Der Westen« funktioniert in der Regel als eine Projektionsfläche für das andere, das Fremde, das Nicht-Russische, ungenau gemessen an der oft nur unsicheren

²⁹ Dort wurde der Deutsche Orden durch Polen und Litauer geschlagen.

³⁰ Im heutigen bulgarischen Nationalmythos werden sie als »bulgarische Philosophen« interpretiert. Das eigentliche Problem stellt aber nicht die unzulässige retrospektive nationalpolitische Projektion dar, sondern der Streit um das kulturelle Erbe von Byzanz und Rom, um die Latinität der Westslawen und die Orthodoxie der Ost- und Südslawen.

Selbsterperzeption. Es ist kein Zufall, dass nur ein Autor eine konkrete Angabe zur ethnischen Zusammensetzung der UdSSR mitteilt: Zu Beginn der 20er Jahre gehörten 57 Prozent der sowjetischen Bevölkerung nichtrussischen Nationalitäten an (Rudenko 2001, S. 326). Zwar teilen einige Autoren seine Auffassung, dass die Sowjetunion nur eine gewaltzamere Form des zaristischen Imperiums war. Aufklärung über verborgene Probleme der russischen Geschichtspolitik würden jedoch konkrete Zahlen und Fakten bringen. Um eine abschließende Feststellung kommt man nicht umhin: Den politisch erwünschten »Weg Russlands nach Europa« beschleunigen einige Geschichtslehrbücher nicht. Es bleibt daher auf positive Resultate der künftigen Begutachtung des wissenschaftlichen Inhalts von Lehrbüchern durch die Russische Akademie der Wissenschaften zu hoffen, die durch Weisung des Ministers für Bildung und Wissenschaft der Russischen Föderation Nr. 107 vom 8. April 2005 zwingend vorgeschrieben wurde.³¹

| | |
|-----------------|---|
| Besborodow 2001 | Besborodow, A.B.: <i>Istorija Rossii w nowejsscheje wremja (1945–2001)</i> . Utschebnik dlja studentow wysschich utschebnych sawedeni [Neueste Geschichte Russlands (1945–2001). Lehrbuch für Studenten höherer Lehranstalten], Moskau 2001, 510 S., Auflage: nicht angegeben, 55 Rubel. |
| Besborodow 2004 | Besborodow, A.B. u. a.: <i>Istorija Rossii w nowejsscheje wremja</i> . [Neueste Geschichte Russlands], Moskau 2004, 416 S., Auflage: 5 000, Preis: 98 Rubel. |
| Chodjakow 2004 | Chodjakow, M.W.: <i>Nowejsschaja istorija Rossii 1914–2002</i> . Utschebnoje possobije [Neueste Geschichte Russlands 1914–2002. Lehrbuch], Moskau 2004, 525 S., Auflage: 5 000, Preis: 320 Rubel. |
| Danilow 2003 | Danilow, A.A.: <i>Otetschestwennaja istorija</i> . Utschebnik dlja wusow [Vaterländische Geschichte. Lehrbuch für Hochschulen], Moskau 2003, 347 S., Auflage: 10 000, Preis: 79 Rubel. |
| Dmitrenko 2000 | Dmitrenko, W.P./Jessakow, W.D./Schestakow, W.A.: <i>Istorija Otschestwa, XX wek, 11 klass: Possobije dlja obscheobrasowatelnych utschebnych sawedeni</i> [Vaterländische Geschichte, 20. Jahrhundert, 11. Klasse: Lehrbuch für allgemeinbildende Lehranstalten], Moskau 2000, 608 S., 4. Auflage: 50 000, 56 Rubel. |
| Gorinow 2004 | Gorinow, M.M. u. a.: <i>Istorija Rossii s drownejsschich wremen do konza XX weka</i> . [Geschichte Russlands von der ältesten Zeit bis zum Ende des 20. Jahrhunderts], Moskau 2004, 656 S., 5. Auflage: 5 000 Preis, 112 Rubel. |
| Kurukin 2001 | Kurukin, I.W.: <i>Istorija Rossii IX–XX. Ww. Utschebnoje possobije dlja strascheklassnikow i abiturientow</i> [Geschichte Rußlands vom 9. bis 20. Jahrhundert. Lehrbuch für höhere Schulklassen und Abiturienten], Moskau 2001, 288 S., Auflage: 6.000, 53 Rubel. |

³¹ Siehe den Wortlaut unter <<http://www.rg.ru/2005/05/04/uchebniki-ekspertiza-dok.html>>.

- Muntschajew 1999 Muntschajew, Sch. M./Ustinow, W. M.: Polititscheskaja istorija Rossii. Ot stanowlenija samoderschawija do padenija Sowetskoi vlasti [Politische Geschichte Russlands. Von der Errichtung der Autokratie bis zum Zusammenbruch der Sowjetmacht], Moskau 1999, 800 S., Auflage: 30.000, Preis: 94 Rubel.
- Muntschajew 2002 Muntschajew, Sch. M./Ustinow, W. M.: Istorija Sowetskowo gossudarstwa: Utschebnik dlja wusow [Geschichte des Sowjetstaates: Lehrbuch für Universitäten], Moskau 2002, 704 S., Auflage: 6 000; Preis: 119 Rubel.
- Radugin 2003 Radugin, A. A.: Otetschestwennaja istorija. Utschebnoje possobije [Vaterländische Geschichte. Lehrbuch], Moskau 2003; 398 S., Auflage: 10 000, Preis: 106 Rubel.
- Rudenko 2001 Rudenko, Wadim Iwanowitsch.: Referaty po istorii otetschestwa [Referate zur Vaterlandsgeschichte], Rostow am Don 2001, 445 S., Auflage: 5 000, Preis: 93 Rubel.
- Scheweljow 2002 Scheweljow, W. N.: Istorija Otetschestwa: Utschebnoje possobije dlja studentow wysschich utschebnych sawedeni [Vaterlandsgeschichte: Lehrbuch für Studenten höherer Lehranstalten], Rostow am Don 2002, 608 S., Auflage: 5 000, Preis: 118 Rubel.
- Schukowski 2001 Schukowski, S. T./Schukowskaja, I. G.: Istorija Otetschestwa, XX wek. Ekspress-kurs [Vaterlandsgeschichte im 20. Jahrhundert. Schnellkurs], Moskau 2001, 112 S., 2. Auflage: 7.000, Preis: 41 Rubel.
- Sokolow 1999 Sokolow, A. K./Tjaschelnikowa, W. S.: Kurs sowetskoi istorii 1941–1991 [Kurs der sowjetischen Geschichte 1941–1991.] Moskwa 1999, 413 S., Auflage: 10 000, Preis: 55 Rubel.
- Usnarodow 2002 Usnarodow, I. M.: Otetschestwennaja istorija (1917–2001): Utschebnik [Vaterländische Geschichte (1917–2001): Lehrbuch], Moskau 2002, 557 S., Auflage: 5.000, Preis: 123 Rubel.